

Entwurf eines Kirchengesetzes zur Änderung des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes

A. Problemlage und Zielsetzung

Die Kosten für die Arbeitsrechtliche Kommission der EKHN beliefen sich im Jahr 2024 auf 274.000 Euro. Um die allgemeinen Einsparauflagen zu erfüllen, soll die 0,385 Sekretariatsstelle in der Geschäftsstelle wegfallen und lediglich die 0,45-Stelle für die Geschäftsführung bestehen bleiben. Weitere Einsparungen sind möglich, wenn der Freistellungsumfang der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission reduziert wird. Gemäß § 10 Absatz 1a des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes bestimmt die Arbeitsrechtliche Kommission den Freistellungsumfang ihrer Mitglieder selbst. In § 1a der Geschäftsordnung der Arbeitsrechtlichen Kommission ist geregelt, dass die Mitglieder mit 30 Prozent einer Vollzeitstelle und die stellvertretenden Mitglieder mit 20 Prozent einer Vollzeitstelle freigestellt werden. Das vorsitzende Mitglied und das stellvertretende vorsitzende Mitglied erhalten darüber hinaus jeweils eine Freistellung von 25 Prozent einer Vollzeitstelle. Dies ergibt sowohl für die Dienstnehmerseite als auch die Dienstgeberseite einen Freistellungsumfang von insgesamt 2,75 Stellen. Auf der Dienstgeberseite führt der Freistellungsanspruch allerdings nur bei zwei Mitgliedern zu einem Kostenersatz, weil der Dienstgeberseite überwiegend Referentinnen und Referenten der Kirchenverwaltung angehören, bei denen die Mitarbeit in der Kommission zum Dienstauftrag gehört.

Der Kostenersatz für die Freistellungen gemäß § 16 Absatz 2 Nummer 3 des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes betrug im vergangenen Jahr 156.000 Euro. Um auch hier zu einer Kostenreduzierung zu kommen, hat die Dienstgeberseite in der Arbeitsrechtlichen Kommission eine Änderung von § 1a der Geschäftsordnung angeregt mit dem Ziel, den Freistellungsumfang von 2,75 Stellen um 30 Prozent zu reduzieren. Es verbliebe dann ein Freistellungsumfang von 1,9 Stellen. Diesen Vorschlag hat die Dienstnehmerseite in der Arbeitsrechtlichen Kommission abgelehnt. Der Verband für Mitarbeitende in der EKHN (VKM), der die Mitglieder der Dienstnehmerseite entsendet, hält den bisherigen Freistellungsumfang weiterhin für erforderlich, damit seine Mitglieder auf Augenhöhe in der Arbeitsrechtlichen Kommission mitarbeiten können.

B. Lösungsvorschlag

Um die allgemeinen Einsparauflagen zu erfüllen, wird vorgeschlagen, den bisherigen Freistellungsumfang auf Dienstnehmerseite moderat zu reduzieren. Die einzelnen Freistellungsumfänge sollen nicht mehr von der Arbeitsrechtlichen Kommission selbst festgesetzt werden, sondern von der Kirchensynode im Arbeitsrechtsregelungsgesetz geregelt werden.

Bei den ordentlichen Mitgliedern soll sich der Freistellungsumfang jeweils um fünf Prozent reduzieren (25 statt 30 Prozent einer Vollzeitstelle). Außerdem soll es zukünftig nur noch zwei anstatt fünf stellvertretende Mitglieder geben. Dies führt zusammen zu einer Reduzierung von 0,85 Stellen. Der zusätzliche Freistellungsumfang von 25 Prozent für das vorsitzende Mitglied bzw. das stellvertretende vorsitzende Mitglied soll unverändert bleiben. Damit beträgt der Freistellungsumfang auf Dienstnehmerseite zukünftig 1,9 Stellen (5x0,25 + 2x0,20 + 1x0,25).

Weiterhin wird vorgeschlagen, dass die Dienstnehmerseite das Freistellungskontingent von 1,9 Stellen zu Beginn der Amtszeit auch anders auf die einzelnen Mitglieder verteilen kann.

Eine Freistellung von 25 Prozent einer Vollzeitstelle bedeutet eine Freistellung an ca. 50 Arbeitstagen im Jahr. Die Arbeitsrechtliche Kommission tagt jährlich an bis zu zehn Tagen. Hinzu kommt die gleiche Anzahl an vorbereitenden Sitzungen. Die Kirchenleitung geht daher davon aus, dass eine Freistellung von 25 Prozent bzw. 20 Prozent bei stellvertretenden Mitgliedern grundsätzlich ausreichend ist.

Hält die Dienstnehmerseite den festgesetzten Freistellungsumfang nicht für ausreichend, kann sie den Schlichtungsausschuss anrufen, der dann für die laufende Amtszeit über den erforderlichen Freistellungsumfang abschließend entscheidet.

Auf Dienstgeberseite soll der Freistellungsumfang nicht gesetzlich geregelt werden. Stattdessen können die Anstellungsträger einen jährlichen pauschalen Kostenersatz für die Freistellungen in Höhe von 15.000 Euro für Mitglieder und 10.000 Euro für stellvertretende Mitglieder beantragen. Dies entspricht der Regelung in § 15 Absatz 3 der Arbeitsrechtsregelungsordnung der Diakonie Hessen und führt ebenfalls zu einer Kostenreduzierung.

Da die neue Amtszeit der Arbeitsrechtlichen Kommission am 1. April 2026 beginnt, sollen die vorgeschlagenen Änderungen zu diesem Zeitpunkt in Kraft treten.

C. Alternativen

Sofern der Auffassung des VKM gefolgt wird und die bestehenden Freistellungsumfänge als erforderlich angesehen werden, ist eine Gesetzesänderung nicht erforderlich.

D. Finanzielle Auswirkungen

Durch die Reduzierung der Freistellungsumfänge auf Dienstnehmerseite und die pauschale Erstattung auf Dienstgeberseite sinken die Freistellungskosten um 30 Prozent.

E. Erfüllungsaufwand

kein Erfüllungsaufwand

F. Beteiligung

Dem Verband für Mitarbeitende in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck und im Diakonischen Werk in Hessen e.V. (VKM) wird Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Sobald diese vorliegt, wird sie der Drucksache als Anlage beigefügt.

Einbringung auf der Synode durch:

OKR Lehmann

Anlagen

Synopse

Stellungnahmen des VKM und ggf. der Gesamtmitarbeitervertretung (werden nachgereicht)

Kirchengesetz zur Änderung des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes

Vom...

Die Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat aufgrund von Artikel 70 Absatz 2 der Kirchenordnung das folgende Kirchengesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes

Das Arbeitsrechtsregelungsgesetz vom 29. November 1979 (ABI. 1979 S. 228), zuletzt geändert am 22. November 2014 (ABI. 2014 S. 519), wird wie folgt geändert:

- 1. § 10 Absatz 1a wird wie folgt gefasst:
 - "(1a) Der erforderliche Umfang der Freistellung wird für die Mitglieder der Dienstnehmerseite der Arbeitsrechtlichen Kommission mit jeweils 25 Prozent einer Vollzeitstelle und für die stellvertretenden Mitglieder mit jeweils 20 Prozent einer Vollzeitstelle festgesetzt. Das vorsitzende Mitglied bzw. die Stellvertretung erhält eine zusätzliche Freistellung von 25 Prozent. Die Mitarbeitervereinigungen können zu Beginn der Amtszeit für deren Dauer das Freistellungskontingent von 1,9 Stellen abweichend von den Sätzen 1 und 2 auf die einzelnen Mitglieder verteilen. Hält die Dienstnehmerseite die Freistellung gemäß den Sätzen 1 und 2 nicht für ausreichend, kann sie den Schlichtungsausschuss anrufen, der abschließend über den erforderlichen Umfang der Freistellung für die Dauer der Amtszeit entscheidet."
- 2. § 6 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
 - "(2) Für die Dienstnehmerseite und die Dienstgeberseite werden jeweils ein erstes und ein zweites stellvertretendes Mitglied benannt, die entsprechend der Rangfolge an die Stelle eines verhinderten Mitglieds treten."
- 3. In § 14 Absatz 1 Satz 1 wird nach der Angabe "§ 9 Absatz 3," die Angabe "§ 10 Absatz 1a Satz 4," eingefügt.
- 4. Nach § 16 Absatz 3 wird der folgende Absatz 3a eingefügt:
 - "(3a) Zum Ausgleich der Kosten für die Freistellung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Dienstgeberseite der Arbeitsrechtlichen Kommission nach Absatz 2 Nummer 3 erhalten die Anstellungsträger auf Antrag einen pauschalen jährlichen Kostenersatz in Höhe von 15.000 Euro für ein Mitglied und 10.000 Euro für ein stellvertretendes Mitglied."

Artikel 2 Inkrafttreten

Dieses Kirchengesetz tritt am 1. April 2026 in Kraft.

Drucksache Nr. 55/25 G

Geltendes Recht

Arbeitsrechtsregelungsgesetz der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Arbeitsrechtsregelungsgesetz – ARRG.EKHN)

Vom 29. November 1979 (ABI. 1979 S. 228), zuletzt geändert am 22. November 2014 (ABI. 2014 S. 519)

Änderungen

Arbeitsrechtsregelungsgesetz der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Arbeitsrechtsregelungsgesetz – ARRG.EKHN)

Vom 29. November 1979 (ABI. 1979 S. 228), zuletzt geändert am ...

§ 10 Rechtsstellung

- (1) Die Kommissionsmitglieder und ihre Stellvertreter führen ihr Amt unentgeltlich. Ihre Tätigkeit | treter führen ihr Amt unentgeltlich. Ihre Tätigkeit ist Dienst im Sinne der Unfallfürsorgebestimmungen. Sie sind in dem für die Kommissionstätigkeit erforderlichen Umfang von der Arbeit ohne Minderung des Arbeitsentgelts oder des Erholungsurlaubs freigestellt. Aufwendungen werden nach Maßgabe des § 16 ersetzt.
- (1a) Der erforderliche Umfang der Freistellung nach Absatz 1 Satz 3 wird in der Geschäftsordnung der Arbeitsrechtlichen Kommission geregelt.

§ 1a AK-GeschO

Der Umfang der Freistellung wird für die Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission mit 30 Prozent einer Vollzeitstelle und für die stellvertretenden Mitglieder mit 20 Prozent einer Vollzeitstelle festgesetzt.

(2) Die Kommissionsmitglieder und ihre Stellvertreter dürfen in der Ausübung dieses Amtes weder benachteiligt noch begünstigt werden. Während der Amtsdauer und innerhalb eines Jahres nach Beendigung einer Amtsperiode haben die Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission Kündigungsschutz in dem Umfang, wie er für Mitarbeitervertreter nach den Vorschriften des Kirchengesetzes über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau besteht.

§ 10 Rechtsstellung

- (1) Die Kommissionsmitglieder und ihre Stellverist Dienst im Sinne der Unfallfürsorgebestimmungen. Sie sind in dem für die Kommissionstätigkeit erforderlichen Umfang von der Arbeit ohne Minderung des Arbeitsentgelts oder des Erholungsurlaubs freigestellt. Aufwendungen werden nach Maßgabe des § 16 ersetzt.
- (1a) Der erforderliche Umfang der Freistellung wird für die Mitglieder der Dienstnehmerseite der Arbeitsrechtlichen Kommission mit jeweils 25 Prozent einer Vollzeitstelle und für die stellvertretenden Mitglieder mit jeweils 20 Prozent einer Vollzeitstelle festgesetzt. Das vorsitzende Mitglied bzw. die Stellvertretung erhält eine zusätzliche Freistellung von 25 Prozent. Die Mitarbeitervereinigungen können zu Beginn der Amtszeit für deren Dauer das Freistellungskontingent von 1,9 Stellen abweichend von den Sätzen 1 und 2 auf die einzelnen Mitglieder verteilen. Hält die Dienstnehmerseite die Freistellung gemäß den Sätzen 1 und 2 nicht für ausreichend, kann sie den Schlichtungsausschuss anrufen, der abschließend über den erforderlichen Umfang der Freistellung für die Dauer der Amtszeit entscheidet.
- (2) Die Kommissionsmitglieder und ihre Stellvertreter dürfen in der Ausübung dieses Amtes weder benachteiligt noch begünstigt werden. Während der Amtsdauer und innerhalb eines Jahres nach Beendigung einer Amtsperiode haben die Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission Kündigungsschutz in dem Umfang, wie er für Mitarbeitervertreter nach den Vorschriften des Kirchengesetzes über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau besteht.

§ 6 Zusammensetzung der Arbeitsrechtlichen Kommission

- (1) Der Arbeitsrechtlichen Kommission gehören (1) Der Arbeitsrechtlichen Kommission gehören
- a) fünf Mitglieder als Vertreter der Mitarbeiter aus dem Bereich der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau,
- b) fünf Vertreter von Leitungsorganen aus dem Bereich der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.
- (2) Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu benennen, der im Verhinderungsfall an die Stelle des verhinderten Mitglieds tritt.
- (3) Die Vertreter der Leitungsorgane und mehr als die Hälfte der von den Gewerkschaften und Mitarbeiterverbänden zu entsendenden Vertreter müssen beruflich im kirchlichen Dienst tätig sein.

§ 14 Schlichtungsausschuss

(1) Zur Entscheidung in den Fällen von § 7 Absatz 4, § 9 Absatz 3, § 12 Absatz 1a und 3 sowie § 13 Absatz 2 wird ein Schlichtungsausschuss aus einem Vorsitzenden und vier Beisitzern gebildet. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen, der im Verhinderungsfall an die Stelle des verhinderten Mitgliedes tritt. Die Mitglieder und ihre Stellvertreter müssen einer Kirche angehören, die Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland e.V. ist. Sie dürfen nicht Mitglied der Arbeitsrechtlichen Kommission sein.

(2)(...)

16 Kosten

(1) Die Kosten der Geschäftsführung der Arbeitsrechtlichen Kommission und ihrer Ausschüsse sowie des Schlichtungsausschusses werden von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau getragen.

§ 6 Zusammensetzung der Arbeitsrechtlichen Kommission

- a) fünf Mitglieder als Vertreter der Mitarbeiter aus dem Bereich der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau,
- b) fünf Vertreter von Leitungsorganen aus dem Bereich der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.
- (2) Für die Dienstnehmerseite und die Dienstgeberseite werden jeweils ein erstes und ein zweites stellvertretendes Mitglied benannt, die entsprechend der Rangfolge an die Stelle eines verhinderten Mitglieds treten.
- (3) Die Vertreter der Leitungsorgane und mehr als die Hälfte der von den Gewerkschaften und Mitarbeiterverbänden zu entsendenden Vertreter müssen beruflich im kirchlichen Dienst tätig sein.

§ 14 Schlichtungsausschuss

(1) Zur Entscheidung in den Fällen von § 7 Absatz 4, § 9 Absatz 3, § 10 Absatz 1a Satz 4, § 12 Absatz 1a und 3 sowie § 13 Absatz 2 wird ein Schlichtungsausschuss aus einem Vorsitzenden und vier Beisitzern gebildet. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen, der im Verhinderungsfall an die Stelle des verhinderten Mitgliedes tritt. Die Mitglieder und ihre Stellvertreter müssen einer Kirche angehören, die Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland e.V. ist. Sie dürfen nicht Mitglied der Arbeitsrechtlichen Kommission sein.

(2)(...)

16 Kosten

(1) Die Kosten der Geschäftsführung der Arbeitsrechtlichen Kommission und ihrer Ausschüsse sowie des Schlichtungsausschusses werden von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau getragen.

- (2) Zu den Kosten gehören insbesondere:
- 1. Aufwendungen für entgeltliche arbeitsrechtliche Gutachten, die von der Arbeitsrechtlichen Kommission über wesentliche Streitfragen eingeholt werden,
- 2. Aufwendungen für entgeltliche Beratung der 2. Aufwendungen für entgeltliche Beratung der Arbeitsrechtlichen Kommission, ihrer Ausschüsse und ihrer Mitglieder,
- 3. Aufwendungen der Anstellungsträger für die 3. Aufwendungen der Anstellungsträger für die notwendige Freistellung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Arbeitsrechtlichen Kommission und des Schlichtungsausschusses,
- stellvertretenden Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission und des Schlichtungsausschusses.
- (3) Für die Aufwendungen nach Absatz 2 Nummer 2 stellt die EKHN der Dienstnehmerseite ein jährliches Budget zur Verfügung, das von der Geschäftsstelle der Arbeitsrechtlichen Kommission verwaltet wird. Über die Erforderlichkeit zusätzlicher Mittel entscheidet im Zweifelsfall der Schlichtungsausschuss.

(4) Das Nähere regeln die Geschäftsordnungen der Arbeitsrechtlichen Kommission und des Schlichtungsausschusses.

- (2) Zu den Kosten gehören insbesondere:
- 1. Aufwendungen für entgeltliche arbeitsrechtliche Gutachten, die von der Arbeitsrechtlichen Kommission über wesentliche Streitfragen eingeholt werden,
- Arbeitsrechtlichen Kommission, ihrer Ausschüsse und ihrer Mitglieder,
- notwendige Freistellung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Arbeitsrechtlichen Kommission und des Schlichtungsausschusses,
- 4. notwendige Aufwendungen der Mitglieder und | 4. notwendige Aufwendungen der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission und des Schlichtungsausschusses.
 - (3) Für die Aufwendungen nach Absatz 2 Nummer 2 stellt die EKHN der Dienstnehmerseite ein jährliches Budget zur Verfügung, das von der Geschäftsstelle der Arbeitsrechtlichen Kommission verwaltet wird. Über die Erforderlichkeit zusätzlicher Mittel entscheidet im Zweifelsfall der Schlichtungsausschuss.
 - (3a) Zum Ausgleich der Kosten für die Freistellung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Dienstgeberseite der Arbeitsrechtlichen Kommission nach Absatz 2 Nummer 3 erhalten die Anstellungsträger auf Antrag einen pauschalen jährlichen Kostenersatz in Höhe von 15.000 Euro für ein Mitglied und 10.000 Euro für ein stellvertretendes Mitglied.
 - (4) Das Nähere regeln die Geschäftsordnungen der Arbeitsrechtlichen Kommission und des Schlichtungsausschusses.